

INTERVIEW

Helfen radikale Klima-Proteste weiter?

In letzter Zeit haben Klimaaktivisten verstärkt auf sich aufmerksam gemacht. Klima-Kleber behinderten in vielen Städten den Verkehr, im Rheinischen Braunkohletagebau kam es bei der Räumung des Dorfes Lützerath zu Konfrontationen zwischen Demonstranten und Polizei. Die Ludwigsburger Aktivistin Nora Oehmichen, die in Lützerath dabei war, und Ludwigsburgs Bundestagsabgeordneter Steffen Bilger (CDU) hier im Streitgespräch.

FRAGEN VON CAROLIN SCHNEIDER UND
HANS-PETER JANS

In den vergangenen Monaten haben vor allem die Aktivistinnen der Letzten Generation für Schlagzeilen gesorgt. Frau Oehmichen, was halten Sie von der Gruppe?
NORA OEHMICHEN: Wir von Teachers for Future unterstützen die Letzte Generation in ihrem Tun und auch weitestgehend in ihrer Vorgehensweise, es werden ja von den Aktivistinnen auch Vorsichtsmaßnahmen getroffen, es wurden keine Kunstwerke zerstört (Anm. d. Red.: Aktivistinnen hatten sich an Rahmen festgeklebt oder Bilder beschmutzt). Es ist uns wichtig, dass Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen, nicht kriminalisiert werden.

Herr Bilger, wie stehen Sie dazu?

STEFFEN BILGER: Ich habe Respekt für jede Form des friedlichen Protests. Die Grenze ist aber überschritten, wenn Straftaten begangen werden, wenn andere Menschen genötigt werden. Das ist für mich eine Form des Aktivismus, die nicht in Ordnung ist.

Aber ist das wirklich eine Straftat? Richter haben da unterschiedlich geurteilt.

OEHMICHEN: Es ist keine Straftat.
BILGER: Viele der Aktionen der Letzten Generation sind definitiv Straftaten. Es ist jedenfalls nicht in Ordnung, andere in ihrer Freiheit und in ihren Rechten einzuschränken, weil man politische Entscheidungen erzwingen möchte.
OEHMICHEN: Herr Bilger, Sie haben anscheinend einen anderen Begriff von Freiheit.

Welchen haben Sie denn?

OEHMICHEN: Die Frage ist immer: Wer

sind die anderen? Sind das die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren (müssen) oder die, die heute jung oder noch nicht geboren sind? Denn deren Freiheit wird massiv eingeschränkt durch das Treibhausgas CO₂, das unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft rausbläst. Die kurzfristige Freiheit ist die von denen, die zehn Minuten im Stau stehen. Aber die eigentliche Freiheit, und das hat ja auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, ist doch die Freiheit derer, die künftig unter zwei, drei, vier Grad Erderwärmung und den zu erwartenden Katastrophen leiden.

BILGER: Mit der Erklärung könnten Sie ja jede Form des Aktivismus oder auch jede Grenzüberschreitung rechtfertigen. Mir macht es Sorge, wie im Zusammenhang mit den Aktionen Grundlagen unseres Rechtsstaates infrage gestellt werden. Dabei kann man sich auch nicht auf das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts berufen. Befremdlich fand ich auch ein Foto von der Aktion auf der B27 in Ludwigsburg, auf dem neben Plakaten von Teachers for Future ein Plakat mit der Aufschrift „Parteien sind die kriminellen Verhinderungsvereinigungen“ zu sehen war. An Parteien kann man sicher viel kritisieren, aber sie sind elementarer Bestandteil unserer Demokratie.

OEHMICHEN: Das Plakat war nicht von uns, es spiegelt auch in keinster Weise unser Staatsverständnis wider.

Herr Bilger, was für eine Form des Protests wäre denn für Sie in Ordnung?

BILGER: In unserer Demokratie gibt es viele Möglichkeiten des Protests. Unser Grundgesetz garantiert die Versammlungsfreiheit. Aber man kann sich natürlich auch in Parteien einbringen, bei einer Wahl kandidieren, über Internet oder die Medien auf seine Anliegen aufmerksam machen. Egal ob ich Anliegen oder Forderungen teile oder nicht; ich habe Respekt für politisches Engagement. Auch die Demonstrationen von Fridays for Future haben viel bewegt.

OEHMICHEN: Ich finde es bemerkenswert, dass jetzt gerade auch aus Reihen Ihrer Partei diese Anerkennung kommt. Merkwürdig finde ich diese Unterscheidung. Fridays for Future sind plötzlich die guten Klimaaktivisten, und das, was die Letzte Generation macht oder was in Lützerath passiert ist, das seien die Extremisten und Radikalen. Zu Beginn der Freitagsdemonstrationen kamen eben gerade auch aus Ihrer Partei abwertende Kommentare wie: ‚Das ist ziviler Ungehorsam. Die sollen zurück in die Schule.‘ Inzwischen sitzen Menschen der For-Future-Bewegung auch im Bundestag. Lützerath ist auch ein Beispiel dafür, dass wir im Klimaschutz zu wenig tun.

Kürzlich hat Aimée van Baalen, die Sprecherin der Letzten Generation, in einem Fernseh-talk gesagt,

dass eine demokratische Regierung durch eine Expertenregierung abgelöst werden sollte. Weil die Demokratie es nicht hinkommt, Klimafragen zu lösen. Herr Bilger, wie reagieren Sie auf so eine Äußerung?

BILGER: Diese Äußerung finde ich erschreckend. Für uns Abgeordnete gehört die Suche nach einem Konsens und das Ringen um Mehrheiten zum Alltag. Bei so gravierenden Herausforderungen wie dem Klimawandel müssen wir die Gesellschaft mitnehmen. Es funktioniert nicht, wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Klimaziele nicht mitträgt, weil die Maßnahmen sie verschrecken oder sie zu sehr einschränken. Deswegen haben wir, finde ich, einen guten Weg eingeschlagen mit unserem Klimaschutzgesetz und seiner Umsetzung. Da geht es auch um Zumutungen und vieles muss sich ändern in unser aller Leben, aber man muss nicht gleich alles verbieten.

OEHMICHEN: Es ist aber unlogisch zu sagen: ‚Wir machen jetzt nicht den Klimaschutz, den wir eigentlich machen müssten, weil das die Leute verschreckt.‘ Man muss doch als Parlament dafür sorgen, dass ich für alle meine Bürgerinnen und Bürger entsprechend vorsorge. Dass wir jetzt so viel über die Aktionen der Aktivistinnen sprechen, ist für mich ein Zeichen dafür, dass in den vergangenen 20, 30 Jahren viel zu wenig passiert ist. Wenn eine Paris-konforme Klimapolitik schon vor 30 Jahren begonnen hätte, dann müssten wir uns heute nicht über die Letzte Generation unterhalten. Wir sind noch nicht auf einem guten Weg.

BILGER: Klimaschutz hat ja nicht erst vor wenigen Jahren begonnen. Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 den CO₂-Ausstoß in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Das haben wir geschafft, obwohl wir die Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum verdoppelt haben. Deutschland zeigt im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern, dass das durchaus funktionieren kann.

OEHMICHEN: Und trotzdem reicht das eben nicht. Ich verlasse mich bei so was auf Expertinnen und Experten. Und von 97 Prozent der Wissenschaftler wird gesagt: ‚Das Tempo stimmt nicht.‘

Was wurde in den vergangenen Jahrzehnten denn überhaupt umgesetzt? Bei der Elektromobilität geht es nur langsam voran.

BILGER: 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß ist ein Erfolg, aber auf dem Weg zur Klimaneutralität ist noch viel zu tun. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss vorangehen. Wasserstoff wird ein wesentlicher Faktor sein. Angesichts der neuen Herausforderungen bin ich aber überzeugt: Wir werden viel mehr auf technologische Innovationen setzen müssen, um die Klimaziele und die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen.

Was sind das denn für technologische Innovationen?

BILGER: Ein Beispiel ist CCS. Da geht es um die Abscheidung und Speicherung von CO₂, zum Beispiel unter dem Meeresboden in der Nordsee oder da, wo Bergbau betrieben wurde. Im Bereich der Mobilität brauchen wir neben der Elektromobilität synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff.

Überzeugt Sie das, Frau Oehmichen?

OEHMICHEN: Der Verkehrssektor ist ja gerade die harte Nuss, was die CO₂-Reduzierung angeht. Da ist ja noch sehr viel Luft nach oben.

Etwa beim Tempolimit. Warum nicht Tempo 100 auf Autobahnen, womit ton-

nenweise CO₂ eingespart werden kann? Das ist auch eine Forderung der Letzten Generation.

BILGER: Von einem generellen Tempolimit halte ich nichts. Zumal der Klima-Effekt mehr und mehr abnehmen wird mit jedem Auto, das elektrisch oder anders klimafreundlich unterwegs ist.

OEHMICHEN: Da widerspreche ich, ein Tempolimit kann kurzfristig einen starken Effekt haben. Eine jüngst erschienene Studie des Umweltbundesamts belegt, dass ein Tempolimit sogar noch mehr bringen würde, als man das bisher gedacht hat. Die Studie hat auch Effekte untersucht, die entstehen, wenn das Autofahren unattraktiver wird. Dass man dann eher dazu geneigt ist, doch mit den Öffentlichen zu fahren. Aber was da ganz wichtig ist: Wir brauchen einen besseren ÖPNV.

BILGER: Im aktuellen Klimagesetz ist festgelegt, dass jeder Sektor seine Klimaziele erreichen muss. Wenn das nicht passiert, muss nachgebessert werden. Hier ist die Bundesregierung gefordert, einen Plan für den Verkehrssektor vorzulegen, der 2021 das Klimaziel knapp verfehlt hat. Wenn auch die aktuelle Koalition kein Tempolimit will, muss sie andere Maßnahmen ergreifen. Zu jedem Klimakonzept gehört der Ausbau der Schiene. Attraktive Angebote sind ebenfalls erforderlich. Das Neun-Euro-Ticket war aus meiner Sicht ein interessanter Versuch, der aber auch gezeigt hat, dass die Qualität des Angebots noch besser werden muss.

OEHMICHEN: Das hat doch nur den Bedarf gezeigt! Die Leute sind bereit, umzusteuern und das Angebot zu nutzen.

BILGER: Man kann auch sagen, dass es einige abgeschreckt hat.

Bei vielen ist eine große Unzufriedenheit da. Zeigt das nicht, dass zu wenig für den Klimaschutz getan worden ist?

BILGER: Manche Diskussion auch in meiner Fraktion hat zu lange gedauert, wenn es zum Beispiel um den Ausbau erneuerbarer Energien ging. Ich denke aber auch, dass wir zu wenig kommuniziert haben, wo schon Erfolge vorzuweisen sind. Der Klimawandel ist definitiv eine gewaltige Herausforderung und da ist es auch gut und richtig, dass das gerade Jugendliche thematisieren.

OEHMICHEN: Ich halte den Protest für berechtigt, wenn man merkt, dass es nicht im richtigen Tempo vorangeht. Bei der Klimakrise haben wir ein zeitliches Limit – im Unterschied zu

vielen anderen Bewegungen, etwa der Frauenrechts- oder der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Da sind wir im Nachhinein ja übrigens auch froh, dass diese Menschen zivilen Ungehorsam geleistet haben.

BILGER: Da überhöhen Sie jetzt die radikalen Klimaaktivisten. Es geht nicht um den Kampf für Bürgerrechte. Es ist ein erheblicher Unterschied zwischen dem, was Martin Luther King für die Schwarzen in den USA erkämpft hat, und dem, was in Lützerath passiert ist, wo demokratische Entscheidungen nicht akzeptiert werden. Die Gewalt gegen Polizisten, die dort zu sehen war, kann ich nur verurteilen.

OEHMICHEN: Es gab Gewalt in beide Richtungen.
BILGER: Die Polizei hatte demokratische Entscheidungen, die von Gerichten bestätigt wurden, zu verteidigen. Andere wollten ihre politischen Auffassungen mit Gewalt durchsetzen. Das kann man nicht vergleichen.

OEHMICHEN: Ich finde es schon berechtigt, an Gesetzen Kritik zu üben. Gesetze ändern sich ja zum Glück auch, siehe etwa die Abschaffung des Paragraphen 175 (Verbot Homosexualität) und die Gleichstellung queerer Menschen.

Aber Gewalt anzuwenden – ist das der richtige Weg? Hat das, was in Lützerath passiert ist, der Klimabewegung insgesamt geschadet?

OEHMICHEN: Ich bin gegen diese Art von Gewalt. Der Dynamik der Klimabewegung hat der Protest insgesamt aber nicht geschadet, im Gegenteil. Jetzt kommen die vielen verschiedenen Gruppen zusammen, die bis dahin eher lose unterwegs waren. Die Klimabewegung ist seit Lützerath stärker als zuvor.

BILGER: Ich denke schon, dass Aktionen wie in Lützerath der Klimabewegung schaden. Wenn jeder, der irgendein Ziel verfolgt, genauso aggressiv vorgehen würde, würden wir im Chaos leben. So kann Demokratie nicht funktionieren.

Wie erklären Sie sich den Hass, der selbst bei kleinen Straßenblockaden den Aktivistinnen von Autofahrern entgegenkommt?

OEHMICHEN: Die Aktionen der Letzten Generation und bestimmte Dinge, die jetzt bei der Räumung von Lützerath passiert sind, sind nichts, wo die Menschen sagen: ‚Guck mal, schön.‘ Mit solchen Aktionen macht man sich zunächst keine Freunde. Aber es ist richtig, das zu tun. Der Zuspruch, den wir in den sozialen Medien bekommen, ist überwältigend.



ZUR PERSON
Nora Oehmichen

Sie ist Lehrerin und hat 2021 den Verein Teachers for Future mitgegründet. Die Gruppe geht aus der Fridays for Future-Bewegung hervor. Nora Oehmichen ist Bundesvorsitzende von Teachers for Future Germany e.V. Sie lebt mit ihrer Familie in Asperg und unterrichtet als Lehrerin für Französisch, Geschichte und Ethik am Otto-Hahn-Gymnasium in Ludwigsburg.

ZUR PERSON
Steffen Bilger

Seit 2009 ist Steffen Bilger (CDU) Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Ludwigsburg. Von 2018 bis 2021 war er Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, zudem ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Er ist bei Backnang aufgewachsen, lebt nun mit seiner Familie in Ludwigsburg.